

Staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz		Sitzungsprotokoll L-31 Nils Lennart Lühr	
19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2015 - 2019			
Sitzungstag: 21.08.2018	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 16:45 Uhr	Sitzungsort: Siemenshochhaus, Contrescarpe 72, Raum 107
Teilnehmer / innen: siehe anl. Anwesenheitsliste			
Vorsitz: Herr Dr. Dr. Magnus Buhlert			

Herr Dr. Buhlert (FDP) eröffnet die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz.

Die Deputation berät über die Tagesordnung:

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2	Protokoll der Sitzung vom 12.06.2018	
TOP 3	Jahresbericht 2017 Verbraucherschutz	L-146-19
TOP 4	Jahresbericht 2017 der Gewerbeaufsicht des Landes Bremen	L-141-19
TOP 5	Entwurf einer Verordnung über die zuständigen Behörden nach dem Infektionsschutzgesetz	L-139-19
TOP 6	Neuberufung Ethikkommission	L-144-19
TOP 7	Berichtsbitte der CDU „Umsetzungsprobleme bei IVENA“	L-142-19
TOP 8	Auszug der Beschlüsse der Gesundheitsministerkonferenz (GMK) am 20./21. Juni 2018	L-140-19
TOP 9	Neu- und Änderungsanträge der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz zu den Verstärkungsmitteln für die Handlungsfelder Digitale Verwaltung und Bürgerservice	L-143-19 S-76-19
TOP 10	Fortschreibung des Landeskrankenhausplans 2018-2021	L-147-19
TOP 11	Verschiedenes	

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung
<i>Ohne Debatte</i>	
Beschluss (einstimmig): Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz beschließt die vorgeschlagene Tagesordnung.	

TOP 2	Protokoll der Sitzung vom 12.06.2018
<i>Ohne Debatte</i>	
Beschluss (einstimmig): Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt dem Protokoll der Sitzung vom 12.06.2018 zu.	

TOP 3 **Jahresbericht 2017 Verbraucherschutz
(Vorlage L-146-19)**

Herr Dr. Lenz (Leiter des Referats 42 der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz) erläutert den Jahresbericht 2017 Verbraucherschutz einleitend und einige Aspekte auf Rückfragen der Deputierten detailliert.
Die Deputierten, der Vorsitzende und die Senatorin danken für den Bericht.

Beschluss (einstimmig):

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den gemeinsamen Jahresbericht 2017 des Fachreferats bei der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz, des Lebensmittelüberwachungs-, Tierschutz- und Veterinärdienstes des Landes Bremen und des Landesuntersuchungsamtes für Chemie, Hygiene und Veterinärmedizin zur Kenntnis.

TOP 4 **Jahresbericht 2017 Gewerbeaufsicht des Landes Bremen
(Vorlage L141-19)**

Herr Dr. Teutsch (Amtsleiter der Gewerbeaufsicht des Landes Bremen) erläutert den Jahresbericht 2017 Gewerbeaufsicht des Landes Bremen einleitend und einige Aspekte auf Rückfragen der Deputierten detailliert.
Die Deputierten, der Vorsitzende und die Senatorin danken für den Bericht.

Beschluss (einstimmig):

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den Jahresbericht 2017 der Gewerbeaufsicht der Freien Hansestadt Bremen zur Kenntnis.

TOP 5 **Entwurf einer Verordnung über die zuständigen Behörden nach dem Infektions-
schutzgesetz
(Vorlage L-139-19)**

Ohne Debatte

Beschluss (einstimmig):

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt dem Entwurf einer Verordnung über die zuständigen Behörden nach dem Infektionsschutzgesetz zu.

TOP 6 **Neuberufung Ethikkommission
(Vorlage L-144-19)**

Staatsrat Kück stellt die Vorlage zur Neuberufung der Ethikkommission vor und erläutert, dass es bei der Vertretung der Apotheken weiterer Klärungsbedarf besteht und über den entsprechenden Mitgliedsvorschlag erst in einer Folgesitzung beschlossen werden kann.

Frau Dehne (SPD) begrüßt, dass das Land Bremen weiterhin über eine Ethikkommission verfügen wird, auch da nicht mehr alle Bundesländer eine entsprechende Kommission vorhalten.

Beschluss (einstimmig):

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt der in der Anlage beigefügten Vorschlagsliste der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz nach § 30a Abs. 4 Satz 3 ÖGDG mit der Änderung, der Einholung eines Vorschlags für das Mitglied der Apotheken, zu.

TOP 7 | **Berichtsbitte der CDU „Umsetzungsprobleme bei IVENA“
(Vorlage L-142-19)**

Herr Bensch (CDU) dankt der senatorischen Behörde für die Erfüllung der Berichtsbitte der CDU und erkundigt sich, ob in der laufenden Legislaturperiode noch die Novellierung des Bremer Krankenhausgesetzes geplant ist.

Staatsrat Kück informiert, dass diese Novellierung zwar im Jahr 2019 erfolgen soll, allerdings die genauere Terminierung abstimmungsbedingt aktuell noch nicht prognostizierbar ist.

Beschluss (einstimmig):

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den Bericht der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz zur Kenntnis.

TOP 8 | **Auszug der Beschlüsse der Gesundheitsministerkonferenz (GMK) am 20./21. Juni
2018
(Vorlage L-140-19)**

Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt und Staatsrat Kück beantworten einige weitergehende Rückfragen zu den Beschlüssen der GMK im Juni 2018, bspw. bzgl. Informationsmöglichkeiten zu Schwangerschaftsabbrüchen, gefragt von Frau Dertwinkel (CDU), sowie zur Vergütung im öffentlichen Gesundheitsdienst, gefragt von Frau Dehne (SPD).

Beschluss (einstimmig):

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den Bericht der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 26.06.2018 zur Beschlussfassung der 91. GMK zur Kenntnis.

TOP 9 | **Neu- und Änderungsanträge der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Ver-
braucherschutz zu den Verstärkungsmitteln für die Handlungsfelder Digitale Verwal-
tung und Bürgerservice
(Vorlage L-143-19 / S-76-19)**

Herr Staatsrat Kück führt aus, dass für die senatorische Dienststelle neue Projektanträge auf verplante und nicht vollständig ausgeschöpfte Finanzmittel bei der Senatorin für Finanzen stellte. Inhaltlich beziehen sich die Projekte auf die Themenfeldern Bürgerservice und Digitale Verwaltung. Der Senat hat den Projekten bereits zugestimmt und bei positivem Deputationsbeschluss wird anschließend der Haushalts- und Finanzausschuss um Zustimmung gebeten.

Herr Bensch (CDU) lobt die Vorlage hinsichtlich Detailtiefe und Transparenz.

Beschluss (einstimmig):

1. Die staatliche und städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt die beschriebenen Einzelmaßnahmen im Rahmen der Handlungsfelder Digitale Verwaltung und Bürgerservice zu.
2. Die staatliche und städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz bittet die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen die Nachbewilligung zu Gunsten der neuen Einzelmaßnahmen aus den Handlungsfeldern Bürgerservice und Digitale Verwaltung durch den Haushalts- und Finanzausschuss zu erwirken.

**TOP 10 Fortschreibung des Landeskrankenhausplans 2018-2021
(Vorlage L-147-19)**

Herr Schneider-Heyer (kommissarischer Leiter der Gesundheitsabteilung) führt in die Vorlage und die Landeskrankenhausplanung ein. Aktuell ist weiterhin der letzte Krankenhausrahmenplan gültig. Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz hat auf Basis umfangreicher Analysen und Berechnungen nun einen weiterentwickelten Krankenhausrahmenplan vorgelegt. Gemäß bremischen Krankenhausgesetz würde, wenn die Deputation zustimmt, der Plan dem Senat zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Anschließend werden die Krankenhäuser und Krankenkassen über die Strukturen in den jeweiligen Krankenhäusern beraten und der Gesundheitsbehörde entsprechende Vereinbarungsvorschläge vorlegen. Die Behörde wird diese Vereinbarungen prüfen, insb. hinsichtlich Übereinstimmung mit den Krankenhausrahmenplan, und Festsetzungsbescheide erlassen. Der Krankenhausplan, der aus den Festsetzungsbescheiden und dem Krankenhausrahmenplan besteht, wird dann der Deputation zur Kenntnis vorgelegt werden.

Frau Dehne (SPD) befürwortet den detaillierten neuen Krankenhausrahmenplan und lobt insb. die Grundsätze der Krankenhausversorgung (Seiten 4 bis 6) sowie die Berücksichtigung der stärkeren Ambulantisierung der psychiatrischen Versorgung. Bzgl. des Bettenabbaus in der Psychiatrie stellt Frau Dehne für die SPD und die Grünen den Antrag die Wörter „bis zu“ auf der Seite 48 zu streichen.

Herr Erlanson (Linke) kritisiert den Antrag als nicht weitgehend und beantragt die zusätzliche Änderung auf der Seite 48, von „soll stattfinden“ in „geplant“.

Herr Bensch (CDU) begrüßt den nun vorgelegten Krankenhausrahmenplan und kündigt die Zustimmung der CDU an. Dass die Gebiete Gesundheitsfachberufe, Digitalisierung in den Kliniken und Notfallversorgung im Rahmenplan zwar geringfügig berücksichtigt aber weder priorisiert noch mit ausreichenden Finanzmitteln ausgestattet werden, wird durch Herrn Bensch kritisiert. Herr Schneider-Heyer (SWGv) weist darauf hin, dass es sich bei der Notfallversorgung primär um eine budgetrechtliche Frage in der Zuständigkeit der Selbstverwaltung handelt und die Thematik der Gesundheitsfachberufe ausgiebig auf den Seiten 51 bis 53 angesprochen ist.

Herr Erlanson (Linke) erkundigt sich nach der weiteren zeitlichen Planung und wie die internen Änderungsüberlegungen der GeNo im Bereich der Geburtshilfe berücksichtigt sind. Herr Schneider-Heyer (SWGv) erklärt hierzu, dass nach einem Deputationsbeschluss der Rahmenplan zügig in den Senat gehen wird und die Strukturgespräche der Kassen im Oktober beginnen dürften. Bzgl. der Änderungsüberlegungen stellt Herr Schneider-Heyer klar, dass interne Planungen von Kliniken, wie der GeNo, weder von der Landeskrankenhausbehörde beachtet werden können noch Teil des vorliegenden Rahmenplans sein können. Die Behörde muss auf Grundlage der gestellten Anträge planen. Sollte bspw. die GeNo Änderungen vornehmen wollen, könnte dies im lernenden System der Krankenhausplanung im Rahmen jährlicher Änderungen erfolgen. Herr Dr. Buhlert (FDP) weist auf die verschiedenen Rollen der senatorischen Behörde – als GeNo-Eigentümer und Landeskrankenhausplaner – hin, die es entsprechend zu trennen gibt. Dr. Buhlert bedauert, dass die GeNo-Zukunftsplanung nicht abgeschlossen ist, sodass die GeNo-Planung nur mit zeitlicher Verzögerung in der Landeskrankenhausplanung berücksichtigt werden kann.

Ferner beantwortet die senatorische Behörde detaillierte Rückfragen von der CDU zu Qualitätsindikatoren, Umgang mit den Stellungnahmen und Verlagerungsanträgen und der Linken zu Planungen der Geburtshilfe am KBM. Dabei weist die Gesundheitsbehörde darauf hin, dass laut Senatsbeschluss eine Erhöhung der Krankenhausinvestition im Zuge der Haushaltsaufstellungen 2020/2021 geprüft werden wird und am KBM ein Eltern-Kind-Zentrum besonders für Risikoschwangerschaften eingerichtet werden soll, aber bspw. die dortigen Kreißsäle auch für andere Schwangeren genutzt werden wird.

Abstimmung der Änderungsanträge:

Gegen die Stimme der Linke nimmt die Deputation den Änderungsantrag der SPD und der Grünen an und lehnt den Änderungsantrag der Linke ab.

Beschlüsse:

1. Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt dem geänderten Krankenhausrahmenplan 2018-2021 der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz zu.

Mehrheitlich beschlossen (Enthaltung der FDP und der Linken)

2. Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz wird gebeten, den Krankenhausrahmenplan 2018-2021 dem Senat der Freien Hansestadt Bremen zum Beschluss vorzulegen.
3. Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz wird gebeten, den Landeskrankenhausplan 2018-2021, bestehend aus dem Krankenhausrahmenplan 2018-2021 und den genehmigten Vereinbarungsvorschlägen, der Deputation zur Kenntnis vorzulegen.

Einstimmig beschlossen.

TOP 11 | Verschiedenes

- Sachstand Schulgeldfreiheit, Berichtsbitte der CDU

Staatsrat Kück berichtet auf Anfrage der CDU, dass die senatorische Behörde weiterhin intensiv mit den Kassen verhandelt und das Ziel verfolgt, dass mittels Gegenfinanzierung der Krankenkassen das Schulgeld für die betreffenden Gesundheitsfachberufe zeitnah vollständig abgeschafft wird. Der Diskussionsprozess mit den Krankenkassen ist bisher noch nicht abgeschlossen, auch da dies für die Kassen erhebliche Ausgaben bedeuten wird.

Die im Haushaltsplan eingestellten Finanzmittel werden an die Schulträger ausgezahlt. Damit wird der Einstieg in die in die Schulgeldfreiheit zum 01.10.2018 realisiert.

Vorsitzender

Protokollführer